

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1952**

132 (10.6.1952)

# NEUESTE NACHRICHTEN

## Düstre vor dem Weltgerichtshof

Den Haag (AP). Vor dem Weltgerichtshof im Haag hat am Montag die Verhandlung über den Östreich zwischen Großbritannien und Iran begonnen. Kurz nach der Eröffnung der Sitzung durch den Vizepräsidenten Gustavo Guerrero (San Salvador) ergriff der Ministerpräsident von Iran, Mossadek, das Wort.

Mit klarer Stimme und in fließendem Französisch bestritt Mossadek die Zuständigkeit des Weltgerichtshofes. Sodann hielt er eine flamme Anklage gegen Großbritannien, in der er sagte, Großbritannien habe aus der Anglo Iranian Oil Company in Iran einen Staat im Staate gemacht und mit Betrug erklärt er, jeder zivilisierte Staat, ob im Osten oder im Westen, habe ein Recht zur Verstaatlichung.

Der Weltgerichtshof wurde von ihm u. a. aufgedröhrt, die von Großbritannien erhobenen Ansprüche als unannehmbar zu erklären, sich für unzuständig zu erklären und festzustellen, daß der Entschädigungsanspruch nicht zulässig ist.

## Kommunistische Spionagezentrale in Toulon

Wichtigste militärische Geheimnisse gesammelt

Drabbericht unseres Korrespondenten E. G. Paulus

Paris. — Alle französischen Spionagesperr- und Staatsverleumdungen sind mobilisiert, um das kommunistische Spionagesetz aufzudecken. In Toulon, dem wichtigsten französischen Kriegshafen, war so weit nach den bisherigen Untersuchungen fest, das Zentrum des kommunistischen Spionagesetzes eingerichtet, von dem aus die französischen und italienischen Kriegshäfen kontrolliert wurden.

In Toulon, wo bisher sechs Personen verhaftet wurden, unter ihnen auch ein Oberleutnant der Widerstandsbewegung, Johannes Mentha, befindet sich unter den inzwischen beschlagnahmten kommunistischen Dokumentenmaterial der Plan des Kriegshafens von Toulon, ein Plan für die Ausrüstung der elektrischen Zentrale des Hafens, ein Bericht über das streng geheim gehaltene Marineforschungsinstitut in Bruas, in dem verschiedene deutsche Fachkräfte arbeiten, laufende Berichte über die Truppen- und Marinematerialien aus Toulon nach Indochina, genau wie Paris stammende Instruktionen über die Vervollkommnung und den weiteren Ausbau des kommunistischen Nachrichtendienstes in Toulon.

Die mit der Untersuchung beauftragten Stellen sind bei der Sichtung des Materials überrascht, weil wichtige Einzelheiten bis zu den Außenbüros nach Indochina fahrender Militär gesammelt und schriftlich festgehalten wurden. Bemerkenswert ist, daß auf Grund der Parteiliedermittel festgestellt wurde, daß auch in der Staatspolizei in Toulon eine kommunistische Zelle gebildet war.

Die Entdeckung, daß in Toulon eine kommunistische Spionagezentrale vorhanden ist, wurde ganz zufällig gemacht, als nach einer Schlägerei im Gewerkschaftshaus die Polizisten alle vorhandenen Papiere auf den Lastkraftwagen packten und später die Polizisten, die mit der Sichtung dieser Papiere beauftragt waren, die Spionagesperr auf Dokumente von militärischer Bedeutung aufmerksam machten. Dem Bericht über das Marineforschungsinstitut wird besondere Bedeutung beigemessen, da in diesem streng isolierten Gebäude die neuesten amerikanischen und französischen Erfindungen an U-Booten ausprobiert werden. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß vor Jahren aus dem Marineministerium der Schlüssel für den Geheimcode verschwand, mit dem auf hoher See befindliche französische Kriegsschiffe mit der Admiralität funktionierten. Der Code wurde nach diesem Diebstahl gekodiert.

## Die Lage in Berlin entspannt sich

Die Sowjets räumten Steinstücke — Die Engländer hoben die Sperre gegen das „Haus des Rundfunks“ auf

Berlin (AP/dpa). Die Lage in Berlin entspannte sich zum Wochenbeginn. Die Sowjets gaben Teile Steinstückens, einer Exklave Westberlins in der Sowjetzone, die sie vor mehreren Jahren bereits beschlagnahmt hatten, frei. Die britischen Militärbehörden hoben die vor sieben Tagen verhängte Sperre gegen das sowjetische „Haus des Rundfunks“ in Berlin-Charlottenburg (britischer Sektor) wieder auf.

Die Bewohner der Westberliner Exklave Steinstückens durften auch gestern morgen ohne Passierscheine über die Grenze gehen, obwohl es geblieben hatte, diese seien von heute an unbedingt erforderlich. Einige Bewohner kehrten bereits in die Häuser zurück, die von den Sowjets freigegeben wurden.

In dem sowjetischen „Haus des Rundfunks“ befindet sich ein sowjetisches Wachkommando und eine Gruppe von Angestellten. Der britische Stadtkommandant gab gestern abend die Anweisung zur Entfernung der Stacheldrahtsperre. Die zum Schutze des Rundfunkhauses

eingestellten sowjetischen Wachmannschaften können nunmehr das Gebäude nach Belieben verlassen und betreten.

Der britische Stadtkommandant, General Coleman, machte den russischen Stadtkommandanten Dergin darauf aufmerksam, daß mit Wirkung ab 12. Juni sämtliche deutsche Mitarbeiter des kommunistischen Rundfunks zum Betreten des Gebäudes Passierscheine benötigen, die von der Westberliner Polizei ausgestellt sind. Coleman führte aus, er habe diese Maßnahme eingeführt, weil von seinen der sowjetischen Behörden verlangt werde, daß Westberliner besondere Ausweise haben müssen, um den zum britischen Sektor gehörenden Vorort Weststaaken zu besuchen.

Der Interzonverkehr auf der Autobahn Helmsdorf-Berlin wickelte sich auch in der Nacht zum Montag und gestern früh wie bisher reibungslos ab. Zwischen Mitternacht und 10 Uhr früh erreichten 140 Fahrzeuge Westberlin. Die Abfertigung am sowjetischen Zollkontrollpunkt Marienborn erfolgte flüssig. Fast alle britischen Blätter berichteten gestern über ein Nachlassen der Spannung in Berlin.

Der Flüchtlingsstrom aus dem evakuierten Grenzstreifen der Sowjetzone ist seit Sonntag abgeebbt. In Hessen, wo der starke Zugang von Flüchtlingen schon zur Überfüllung der Lager führte, wurde in den letzten 24 Std. nur etwa die Hälfte der an dem Vorlager festgestellten Zahl von Flüchtlingen aufgenommen. Der Schmuggel an der Zoengrenze hat seit dem 26. Mai fast völlig aufgehört, offenbar weil das Risiko infolge der strengen Absperrrungsmaßnahmen zu groß wurde.

Flüchtlinge, die am Sonntag über die unter-

fränkisch-thüringische Zoengrenze kamen, berichteten, daß als Ziele der Evakuierungs-transporte Mecklenburg und sogar Ostpreußen angegeben wurde.

Die Bundesregierung wird Ausfallbürgschaften für Aufträge übernehmen, die von Industrieunternehmen des Bundesgebietes an die Berliner Wirtschaft erteilt, in den letzten Wochen aber zurückgegeben wurden. Noch in dieser Woche sollen zwischen Bundesfinanzminister Fritz Schäfer und dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Prof. Ernst Reuter, in Bonn und in Berlin Verhandlungen darüber stattfinden. Bundeskanzler Dr. Adenauer teilte im Laufe des gestrigen Tages mehrere Besprechungen mit Berlin-Sachverständigen der Bundesregierung, um seine Regierungserklärung vorzubereiten, die er heute vor dem Bundestag über die Lage in Berlin abgeben will.

### Völkerrechtlicher Schutz

Bonn (Eig. Ber.). Das Abkommen über die europäische Verteidigungsgemeinschaft regelte auch die Frage des völkerrechtlichen Schutzes der deutschen Soldaten in der künftigen Besatzungszone, wie von einem Vertreter der Dienststelle Blank mitgeteilt wurde. Die den Nationaltruppen bestehenden völkerrechtlichen Schutzbestimmungen werden auf die Kontingente der Europaarmee übertragen.

Die in der Kapitulation von 1945 enthaltenen Verpflichtungen für die Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht, bis zum Friedensvertrag nicht mehr die Waffen gegen eine der vier Siegermächte zu ergreifen, muß als erloschen betrachtet werden, da der Krieg auch ohne Friedensvertrag mit der Herstellung friedensmäßiger Zustände als beendet angesehen werden muß. Alle Teilnehmer an der Verteidigungsgemeinschaft haben sich vertraglich verpflichtet, völkerrechtswidrige Handlungen gegen europäische Soldaten deutscher Herkunft gemeinsam als völkerrechtliche Delikte zu ahnden.

## Chinesische Verstärkungen nach Korea?

„Toter Punkt“ in Panmunjon soll überwunden werden

UNO, New York (dpa/AP). Die amerikanische Regierung prüft gegenwärtig Vorschläge, die unter Umständen den toten Punkt bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Panmunjon überwinden sollen. Die Vorschläge gehen darauf hinaus, die Frage der Reparierung der Kriegsgelagerten aus dem zu schließenden Waffenstillstandsabkommen völlig herauszulassen. Verschiedene UNO-Delegationen, unter denen sich auch die eines wichtigen asiatischen Staates befindet, soll, haben den Vorschlag unterbreitet.

Die kommunistischen Befehlshaber in Korea haben dem Oberkommandierenden der Streitkräfte der Vereinten Nationen, General Mark Clark (USA), am Montag ein lautes Schreiben übersandt. Von diesem Brief ist bis jetzt nur bekannt, daß er die Unterbrechung der Verhandlungen in Panmunjon durch Generalmajor Harrison vom Samstag zum Gegenstand hat und die Unterschriften der Generäle Kim Il Sung (Nordkorea) und Peng eh Hual (China) trägt.

Harrison hatte die Kommunisten auf deren wiederholte Aufforderungen, die Besprechungen fortzusetzen, wissen lassen, er sei nur dann bereit, sie vor Mittwoch 11 Uhr zu treffen, wenn sie zuvor schriftlich Vorschläge für die Lösung der Kriegsgefangenenfrage unterbreiteten.

Von der Front wird der Tod des stellvertretenden Kommandeurs der türkischen Brigade Oberst Nuri Pamir, gemeldet, der am letzten Donnerstag bei einer Besichtigung der Stellungen durch Granatwerfer splitter getötet wurde.

Aus London meldet dazu unser C.G.-Korrespondent, daß die Presse durch bestimmte Nachrichten über chinesisch-nordkoreanische Offensivvorbereitungen alarmiert sei. Nach diesen Nachrichten sind drei weitere chinesische Armeen aus Südkorea nach der Mandchurien in Marsch gesetzt worden, um die Stärke der chinesisch-nordkoreanischen Front von 730 000 auf 850 000 Mann zu bringen. Weiterhin wird berichtet, daß auch die kommunistische Luft-

waffe hinter dem Yalu-Fluß Verstärkungen erhalten hat. Das Herannahen des 25. Juni, des Jahrestages des Kriegsausbruches in Korea, mag zu den Berichten über eine bevorstehende Offensiv betragen haben.

### Peking friedensbereit?

New York (dpa). Die indische Kulturdelegation, die unter Leitung von Frau Pandit, der Schwester des indischen Ministerpräsidenten, am Wochenende aus China zurückkehrte, hat wie die „New York Times“ berichtet, den Eindruck gewonnen, daß die Peking Regierung und das chinesische Volk des Koreakrieges müde sind. Nach diesem Bericht warte man auf kommunistischer Seite nur auf eine Friedensformel, die das Gesicht wahrt und von neutraler Seite kommen müßte. Weiter habe die Delegation, deren Mitglieder ideologisch sowohl rechte wie linke Auffassungen vertreten, festgestellt, daß das kommunistische System für Indien ungeeignet sei.

### Britische Atombombe auf „hoher Fahrt“

Portsmouth, England (AP). Mit Großbritannien erster Atombombe am Bord wird der 15 000 t große britische Flugzeugträger „Campania“ am Dienstag den Kriegshafen Portsmouth verlassen. Die Bombe soll im Sommer auf die Monteblasio-Inseln vor der Nordwestküste Australiens zur Explosion gebracht werden.

### Friedensvertrag Japan und Indien

Tokio (AP). In der japanischen Hauptstadt ist am Montag der Friedensvertrag zwischen Japan und Indien unterzeichnet worden. In dem vernichtet Indien auf Reparationen durch Japan.

Indien hatte den 18. September 1951 von 18 Staaten gebilligten Friedensvertrag mit Japan nicht unterzeichnet, weil es mit dem Verbleib amerikanischer Truppen in Japan nach Inkrafttreten des Vertrages nicht einverstanden war.

## Neues in Kürze

**König Paul und Königin Frederika von Griechenland** sind am Sonntagabend zum ersten Besuch eines griechischen Monarchen in der Türkei eingetroffen. (AP)

**Der syrische Staatschef General Fawzi Selo** verlegte am Sonntag durch ein Dekret, daß der Staatschef den Ministerpräsidenten und das Kabinett ernennen kann. Dem Posten des Ministerpräsidenten wird er selbst übernehmen. (AP)

**Der Jahreskongreß der „Gesellschaft für europäische Kultur“** ist am Montag im Dogenpalast von Venedig, der eigens zu diesem Zweck hergerichtet wurde, eröffnet worden. (AP)

**Vertreter der USA, Großbritannien und Frankreichs** begannen am Montag in Paris mit der Ausarbeitung der Antwort auf die letzte sowjetische Deutschnote. (dpa)

**Der Oberbefehlshaber der britischen Luftstreitkräfte** in der Südkanale, Viscountess David Achterley, wird seit Samstag über dem östlichen Mittelmeer vermisst. Der Vizefliegerchef war mit einem „Meteor“

Dosenjäger im Alleinflug von Fayid in der Südkanale nach Nicosis auf Zypern unterwegs. (AP)

**Auf Beschluß des DGB** rubte gestern für eine Stunde der gesamte Betrieb im Hamburger Hafen als Protest gegen den Entwurf des Betriebsverfassungsgesetzes. (AP)

**Der Sonderausschuß des Bundesrates zur Prüfung der Bonner Konvention** gelangte zu der Auffassung, daß wesentliche Teile des Vertragswerkes der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. (AP)

**Staatssekretär Dr. Otto Lenz** hatte gestern eine Aussprache mit Vertretern der chemischen Industrie über Fragen der Mißbestimmung. (dpa)

**SPD-Vorsitzender Dr. Kurt Schumacher** erklärte zu einem Aufruf der kommunistischen Partei für gemeinsame Aktionen zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftlern gegen den EVG-Vertrag und das Betriebsverfassungsgesetz, daß er für die Sozialdemokraten keine Gemeinsamkeit mit den Kommunisten gebe. (dpa)

## Bluff und Wirklichkeit

A. N. Sind die ganzen östlichen Reaktionen auf den Generalvertrag etwas anderes als schlecht verhüllter Bluff? Erbärmlich in den Eigenheiten, Nadelstiche, die an der betroffenen Stelle gewiß wehe tun, die aber nicht das geringste an einer klar und energisch bezogenen politischen Linie zu ändern vermögen. Ob der barbarische Sowjetismus eine unglückliche Bevölkerung noch mehr drangsaliert, hängt nicht im geringsten davon ab, ob Stalin zuliebe auch der Westen Hasakiribogeht, Grausamkeit und Brutalität sind untrennbar mit dem Wesen dieses diabolischen Systems verbunden. Früher oder später hätten sich Vorwände gefunden, die adäquaten Instinkte des Kommunismus auszuüben zu lassen, so wie es sonst überall noch ohne einen Vorwand wie den Generalvertrag geschieht.

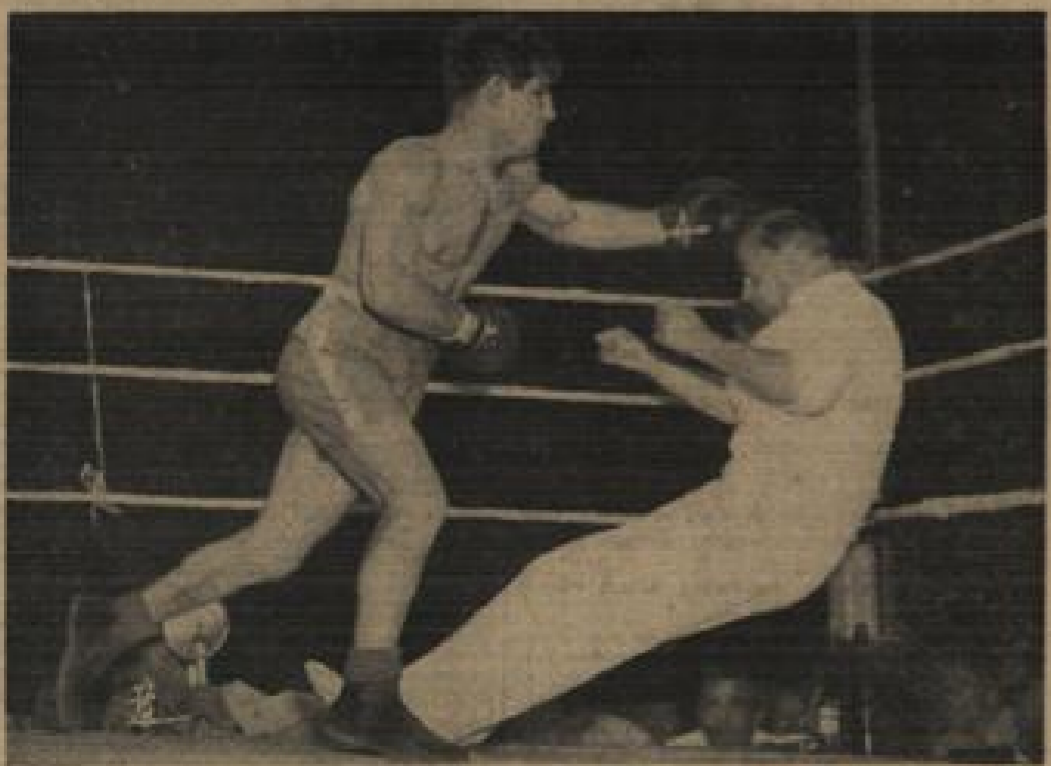
Der Sowjetismus ist zweifellos eine furchtbare Wirklichkeit. Aber eines seiner wichtigsten Kennzeichen ist der Bluff, mit dem er ungläubige Erfolge erzielt. Das Bluffen wird ihm freilich außerordentlich leicht gemacht, ja er wird gerade herausgefordert, es zu tun. Zahllose Sendlinge, Dienstbeflissene und irrtümliche Tölpel bemühen sich im Westen nach Kräften, den Völkern ihre Minderwertigkeit und Hilflosigkeit sinzureden und ihnen mit dem dicken Knüttel aus dem Osten zu drohen. Ist der Knüttel einmal unangebracht, so wird es mit einem einflussreichen Zockertrotz versucht, so wie es auf dem Theater der Moskauer Wirtschaftskonferenz im April auf der einige westliche Politiker und Händler aus dem Häuschen gerieten, als Mao Tse Tung aus dem Geschäftswinkel, die alle zusammen nur Broddteile eines monatlichen Außenhandelsumsatzes eines der großen europäischen Staaten ausmachten, um den Bluff nicht ganz so deutlich werden zu lassen, wurden nun in Ostberlin stattfindende Besprechungen mit britischen Händlern von der Ostpropaganda als ein großes Ereignis verkündet. Derartige Verhandlungen mit einem halben Dutzend Länder über vorgeliebte Lieferungen in Höhe von einer halben Milliarde DM sind für den nächsten Westeuropäer nichts Besonderes; im Westen laufen solche ununterbrochen und über weite Strecken hinweg, ohne daß deswegen eine Regierung vor Freude Purzelbäume schlage. Und ein kleiner Unterschied ist noch der, daß die Verhandlungen im Westen mit legitimen Vertretern geführt werden, während alles, was in Ostberlin verhandelt wird, erst noch die Genehmigung der englischen Regierung erhalten muß. Daß sich England aber beeilen werde, hier und Zwickeln aus China gegen Krausnische der Schwer- und Maschinenindustrie zu bekommen, während es selber Mangel an Stahl hat, ist nicht allzu wahrscheinlich.

Auch in der Bundesrepublik gibt es Gruppen, die mit Bluffpunkt in Hamburg, die Westdeutschland überzumen möchten, ohne Osthandel gehen zu müssen. Fraglos hat Westdeutschland großes Interesse an Osthandel. Und mit vollem Recht ist gerade jetzt wieder in Bonn dieses Interesse betont worden, mit der Verweigerung dagegen, daß gegenüber Westdeutschland alliierte Kontrollen hinsichtlich des Osthandels schärfer gehandhabt werden als gegenüber anderen Ländern, die für sich selber größere Freiheiten in Anspruch nehmen. Aber es wäre bemerkenswert eine Ausweisung des Austausch mit dem Osten ist — gerade die Bundesrepublik hat ihren erstaunlichen Aufschwung trotz der Abrechnung genommen.

Ob auf politischem, wirtschaftlichem, geistlichem oder kulturellem Gebiet immer wieder läßt sich beobachten, daß im Westen der völlig unüberbrückbare Gegensatz zwischen den Systemen übersehen wird. „Kunst des Möglichen“ war einmal einer der präzisesten Erklärungen von Politik. Die sehr praktische bedachten Engländer haben in besonderen danach gehandelt: mit Geduld konnte man immer zu einem Kompromiß, und Politik war nichts anderes, als Kompromisse aushandeln. Für den Sowjetismus aber ist Politik die die jeweiligen Möglichkeiten abtastende, in der Zielrichtung unbeeinträchtigt Bestrebung, die fundamentalen Glaubenslehren eines Machtsystems zu verwirklichen. Das ist etwas ganz anderes als blinde „Kunst des Möglichen“. Es ist immer wieder erschütternd, zu sehen, wie sich Menschen im Westen hinsetzen und dem Drachen aus dem Osten sich und ganze Völker zum Fraße anbieten. Mag es sich dabei um Wunschräume oder Ausdünstungen persönlicher Wohlgefühle handeln — sie stoßen alle an die einfachen Wirklichkeiten. Eine der wichtigsten ist, daß West und Ost zwei ganz verschiedene Wesenheiten sind, daß mit dem Sowjetismus nicht in westlichen Sprachen verhandelt werden kann, daß seine Begriffe genau den westlichen entgegengesetzt sind.

Das ist niederdrückend, gewiß; aussichtslos, wie es scheint, jedoch keineswegs. Aber ein Irrweg, wie ihn nur allzuviel im Westen gehen möchten, ist kein Ausweg. Mit der weltweiten Erscheinung des Sowjetismus wird sich die Menschheit; noch lange herumspazieren müssen. Sie würde schneller mit ihm fertig, wenn sie sich nicht so leicht blaffen ließe, wenn sie den Sowjetismus als die Fratze eines mißhandelten Menschentums erkennen würde, die er ist; wenn sie jeden Nadelstich mit einem Faustschlag beantwortet würde.

Kommen wir doch miteinander ins Geschäft, alles andere regelt sich dann leicht! Das ist die gewundene teuflische Einföhrung, mit der der Sowjetismus seit einiger Zeit seine ausgetauchten Opfer einschleichen sucht. Am Geschäftesinteresse die Menschen packen — gewiß ein schlaues Trick. Der Sowjetismus findet genug Geschäftslustgründe, die mit ihm plaktieren möchten.



Peter Müller schlägt Ringrichter k. o.

Ein einmaliger Zwischenfall in der deutschen Boxgeschichte trat sich bei der 28. Deutschen Mittelgewichtsmehrkampft in Köln ab. Peter Müller (OGSt), der gegen den Tierärztler Hans Hertz (Berlin) im Ring des Kölner Eis- und Schwimmstadions stand, schlug Ringrichter Max Pippow (Hamburg), der Müller wegen Sprechens im Ring ermahnte, in der achten Runde mit einem schweren Haken zu Boden. Müller wurde deshalb für alle deutschen Ringe gesperrt. (AP)



# Zum Tage

## In Korea nichts Neues

Diese Überschrift über die Berichterstattung aus Korea wäre genau so oberflächlich wie die Worte „Im Westen nichts Neues“ über den Heresbericht aus dem 1. Weltkrieg. Verwundete und Tote werden jeden Tag von den Frontabschritten weggetragen und mit kurzen Unterbrechungen treffen jeden Tag die Unterhände in der Zeit in Panmunjon zusammen. Immerhin ist das Ergebnis der Verhandlungen eine Einigung über alle Probleme eines Waffenstillstandes bis auf das der Kriegsgefangenen und ihres Austauschs. Die Engländer hätten also recht, wenn sie sagten — Kaufleute, die sie sind —, jede Sache habe ihren Preis; man muß ihn nur herwählen. Aber haben die Chinesen und Nordkoreaner einen Preis und ist er für die Vereinten Nationen oder die Amerikaner, je nach dem was man für richtiger hält, entscheidend? Wenn der Preis die Rückführung aller Kriegsgefangenen aus dem UNO-Gewehr nach Nordkorea wäre, dann ist er durch die Ungleichheit der Behandlung der Gefangenen unendlich verteuert. Kriegsgefangene dürfen einen nicht über den Kopf wachsen, bis Panzer zu ihrer Bändigung nötig werden. Wenn sie es aber nicht sind, und die asiatische Gleichgültigkeit gegenüber Menschenleben gebe genug Anlaß, das anzunehmen, dann sollte auf Seiten der Amerikaner nicht auch noch der asiatische Gleichgültigkeit gegenüber der Zeit nachgegeben werden. Sie haben es lange genug getan, und haben dabei ausser mißraten, daß die nordkoreanische Front dauernd verstärkt wird. Es steht also aus, als ob Südkorea der Preis wäre. Dann wäre man wieder dort angelangt, wo es am 25. Juni 1950 anfing, und die Amerikaner oder Vereinten Nationen, je nach dem was man für richtiger hält, hätten zum anderen Male die Lehre erhalten, daß der Kernal nur einen Preis kennt: das ganze Stück Land, das zu erobern er sich in den Kopf gesetzt hat.

## Pfleiderer — Maier?

Der erste Eindruck von den Ausführungen des FDP-Bundestagsabgeordneten Dr. Pfeleiderer in Weiblingen war der, es handele sich dabei um die neue außenpolitische Linie der DVP Baden-Württemberg unter der Führung des Ministerpräsidenten Dr. Maier. In dieser Zeitung wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Stuttgarter Koalition beabsichtigt, sich nicht nur im südwestdeutschen Raum auszuwirken, sondern auch in der Bundespolitik. Dr. Pfeleiderer ergänzte gestern in einem AP-Interview seine Ausführungen dahingehend, daß es notwendig sei, eine gemeinsame Basis mit der Opposition zu finden. Er sprach davon, daß die SPD im nächsten Jahre durch die Bundestagswahlen an die Regierung kommen könnte. Es wurde auch vermerkt, daß der Pressedienst dieser Partei die Kritik Pfeleiderers am Deutschlandvertrag begrüßte. Daß dies auch eine Zustimmung sein soll, ist nicht anzunehmen. Denn die Sozialdemokratie ließ noch in der vergangenen Woche durch den Mund ihres Sprechers, des Bundestagsabgeordneten Dr. Arndt, erklären, daß sie gegen die Neutralisierung sei. Das aber gerade will Pfeleiderer. Er weist auf seine guten Erfahrungen als Diplomat in Sowjetrußland während der dreijährigen Jahre N. S. Schwanitzers dagegen wird das teure Lehrgeld bedenken, das seine sozialdemokratischen Gesinnungsgenossen in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen, sowie zum Teil in der Sowjetzone gegen seinen Rat bei den Bolschewiki bezahlen mußten. Für die Einheit Deutschlands will Pfeleiderer die Oder-Neiße-Grenze als Preis geben. Wozu aber etwas bezahlen, was sowohl der Westen als auch der Osten uns bereits schriftlich zugestanden hat? Die Rücksicht auf die Heimatvertriebenen läßt es nicht zu, daß wir unsere Ansprüche auf die ehemaligen deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße verkaufen. Das ist gerade das Schlimmste, was uns passieren könnte und wovon Adenauer stützt, daß der Westen und der Osten auf unseren Rücken die deutsche Einheit verkaufen. Wir halten die augenblickliche außenpolitische Lage der Bundesrepublik für besser als die der FDP-Bundestagsabgeordnete meint. Aber wie dem auch sei. Es schade nichts, wenn die Diskussion über den Generalvertrag auf diese Weise in Fluß kommt, auch wenn dabei Stuttgarter Hausmachtpolitik im Spiele sein sollte.

## Rock und Flinte

Es war an der mittleren Ostfront, im Sommer 1942. Im Oktober der Frontlinie zeigten sich auf der anderen Grabenlinie schnell verhaschende Porträts eines neuen Soldatentyps. Ein Soldatentyp mit langen Haaren und

hochbrüstiger Feldbluse. Die deutschen Posten tauschten sich gegenseitig die Feldstecher aus, und warteten angestrengt darauf, mit eigenen Augen zu sehen, ob tatsächlich russische Frauen im vordersten Graben eingesetzt sind. Es stimmte. Die Olga, Wallas und Marusia hatten die Ehre im „großen vaterländischen Kriegesprogramm“ ihre völlige Gleichberechtigung mit dem Manne zu beweisen. Die Länder waren starr vor Staunen. Und diese uniformierten Mädchen waren es, welche die Bunkerdiskussionen um ein neues Thema bereicherten; um die Frage nämlich, ob die Sowjets diese gemehrte Menschenverachtung im Falle ihres Sieges beispielsweise auf Deutschland übertragen könnten? Unmöglich, sagten die Länder, mit deutschen Frauen geht das nicht. Nun sind auch die letzten Anhänger dieses Kinderglaubens seit der Parade der gleichberechtigten weiblichen FDJ endgültig gebildet. Es gibt nur einen Bolschewismus, der kennt keine nationalen Ausnahmen. Für ihn ist der Mensch ein Werkzeug, dessen Wert weit unter dem Ladenpreis eines Hammers liegt. Nur so darf man die neuen deutschen Waffenschwärmer, der sowjetischen Veteraninnen des letzten Krieges betrachten, um das Ausmaß ihres Selbstaufopferens zu ermessen. Rock und Flinte sind mit dem Gedanken der Freiheit unverträglich. Rock und Flinte mögen als die höchste Form weiblicher Gleichberechtigung gepriesen werden; sie sind nichts als die tiefste Versagung des Menschen. kr.

# Pressekonferenz über nordbadischen Rundfunk

Sendestellenleiter Martin zu der Kritik der Interessengemeinschaft

Heidelberg (Eig. Ber.). Wie wir gestern berichteten, wandte sich die Interessengemeinschaft badischer Rundfunkhörer e. V. gegen den Süddeutschen Rundfunk. Ihre Denkschrift war gestern das Thema einer Pressekonferenz, zu der Ernst Martin, der Leiter der nordbadischen Sendestellen, nach Heidelberg eingeladen hatte. Vertreter der beschwerdeführenden Gruppen waren zu dieser Besprechung nicht eingeladen worden.

Der Hörerbeirat, der aus der „Interessengemeinschaft nordbadischer Rundfunkhörer“ hervorging, hätte nach Auffassung dieser Pressekonferenz dem neuen Leiter der Sendestellen eine angemessene Zeit für die Verwirklichung seiner Absichten zubilligen müssen, und er hätte ferner berücksichtigen sollen, daß der Hauptteil eines Rundfunkprogrammes immer bei der Zentrale einer Rundfunkgesellschaft verbleiben muß, solange sie sich als finanzielles, Gründen betrieblisches nur ein einziges Symbiontenorgan oder ein einziges repräsentatives Hörerspielenzeile halten kann. Daraus, daß diese Zentrale auf württembergischen Gebiet liegt, kann nicht von vornherein eine grundsätzliche Vernachlässigung badischer Belange gefolgert werden.

Davon bleibt freilich unberührt die Feststellung, daß in vielerlei Hinsicht bisher den badischen Interessen im Regional-Programm des SDR nicht genügend Raum gegeben wurde. Doch soll sich das — wenn man auf die Versicherungen Ernst Martins vertrauen darf — schon in Kürze, spätestens aber im Herbstprogramm grundlegend ändern. Schon im Juli wird — um hier nur wenige Beispiele zu nennen — eine Sendefolge „Badische Verlage“ beginnen. Unter dem Titel „Heidelberger Studio“ wird eine neue Reihe anlaufen, die den Hörer mit wissenschaftlichen Fragen und Erkenntnissen der Gegenwart bekanntmachen soll. In der „Univertitätsstunde“ sind 27 Vorträge vorgesehen, 14 davon werden von badischen Hochschullehrern gehalten werden. Eine Umfrage, die das Demoskopische Institut in Allensbach gehalten hat, ergab — mit allem Vorbehalt gegenüber jeder Art von Meinungsforschung — daß der

schwäbische Dialekt, dem sogar Bundespräsidenten, Oberbürgermeistern oder Generalkonsuln unangenehm ist. Um dennoch allen Zöten gerecht zu werden, wird sich künftig eine badische Hörergruppe aus der „Karlsruher Schützenstraße“ mit der „Famille Staudenmeyer“, oder mit den Herren Häberle und Pfänder in die bisherige Sendereihe teilen. In der „Südwestdeutschen Heimatpost“ werden Baden und die Pfalz mit 30 Prozent aller Sendungen vertreten sein.

Auch der verbreitete Wunsch, ein eigenes Programm für die Sendungen der nordbadischen Studios einzuführen, soll erfüllt werden. Schließlich sei in diesem Zusammenhang auf einen Beschluß des Verwaltungsrates hinzuweisen, das Karlsruher Studio räumlich und technisch so auszubauen bzw. neu zu errichten, daß es allen Aufgaben gewachsen ist.

Soweit also die guten Absichten. Eine konstruktive Kritik wird abwarten müssen, bis sie sich zu verwirklichen beginnen. Am Gesamtprogramm des Süddeutschen Rundfunks und in seiner strukturellen und qualitativen Eigenart wird sie indessen schon jetzt ansetzen können. Eh.

**Verschärfter Streit um Auslandsfunk**  
 Bonn (Eig. Ber.). In Regierungskreisen wurde gestern zu dem Streit um Auslandsangelegenheiten der deutschen Rundfunkgesellschaften betont, daß man draußen in erster Linie wissen wolle, was man von dem in Deutschland zu halten habe, die Verantwortung trage. Auch die Meinung der Opposition gelöre in die Auslandsangelegenheiten, aber nicht als Teil einer Diskussion und vor allem nicht als Kompromiß.

Von CDU-Kreisen wird erklärt, daß es ansehenswert gerade dem Nordwestdeutschen Rundfunk darauf ankomme, die Bundesregierung bei diesen neuen Projekten möglichst auszusparen. Man dürfe in diesem Kreise an, daß die Bundesregierung sich nötigenfalls ihr eigenes Sprechrohr ins Ausland schaffen könne.

**Kein kirchliches Sondergeld**  
 Die Hamburgische Landeskirche lehnte die Bitte des Heimkehrerverbandes ab, zum Gedenken an die noch in Gefangenschaft Befindlichen einmal im Monat und in jeder Woche die Glocken der Stadt läuten zu lassen. Die Kirche werde immer wieder die Gemeinden auf die sonntägliche Fülle und die Kriegsgefangenenbetriebe hinweisen. Führende Geistliche, wie Altbischof D. Wurm und Bischof D. Dr. Dibelius, sowie die ständige Kriegsgefangenenhilfe des Evangelischen Hilfswerkes für Kriegsgefangene und Internierte bemühen sich unabhängig für diese Sache. Es werde aber von der Bevölkerung ein kirchliches Sondergeld, das nicht mit dem Ruf zur Gemeinschaft im Gottesdienst und Gebet verbunden sei, nicht verstanden. (EFD)

**Katholiken gegen Zwangsgemeinschaftsschule**  
 10 000 katholische Männer des Osnabrücker Landes protestierten anlässlich einer Wallfahrt nach Halle gegen den vom niedersächsischen Kultusminister angekündigten Gesetzesentwurf, der die Einführung der Zwangsgemeinschaftsschule vorsieht. Das bedeute eine Verletzung des Elternrechts. (CND)

**Bekanntnis zum Pletissimus**  
 Die diesjährige Gnadener Pfingsthoofere, die in Anwesenheit von rund 400 Vertretern der Gemeinschaften aus ganz Deutschland in

# Stoppt das Verfassungsgericht Adenauers Politik?

Heute nachmittag Verhandlung über Zulässigkeit der SPD-Klage

Karlsruhe (Eig. Ber.). Die Augen der politisch interessierten Deutschen sind in den nächsten Wochen weitgehend nach Karlsruhe gerichtet. Heute nachmittag um 2 Uhr beschließt sich das Bundesverfassungsgericht nach intensiven Vorbereitungen zum erstenmal in mündlicher Verhandlung mit der Verfassungsklage der SPD und der Föderalistischen Union, die in einer Verklörung der Wehrpflicht auf dem normalen Gesetzewege durch einfache Mehrheit im Bundestag eine beachtliche Verletzung des Grundgesetzes sehen. Die 144 Abgeordneten, die die Klage unterzeichnet haben, halten es für notwendig, zunächst einmal das Grundgesetz zu ändern. Das aber wäre nur mit einer Zweidrittelmehrheit möglich. Damit würden der Generalvertrag und der über die Europäerarmee zu Fall gebracht, weil Adenauer eine solche qualifizierte Mehrheit im Bundestag nicht finden kann.

Das Bundesverfassungsgericht wird aber heute zunächst nur über die Vorfrage verhandeln, ob diese Verfassungsklage überhaupt zulässig ist. Kommt es auf Grund seiner Entscheidung zur späteren Verhandlung der Klage selbst und würde sich das Bundesverfassungsgericht dem Antrag der SPD und der FU anschließen, wäre die Politik des Bundeskanzlers und der Bundestagsmehrheit schwer betroffen. Dann wären die morgentlichen Verhandlungen mit den hohen Kommissaren vergebens gewesen, die zugestanden Erleichterungen und die Ersetzung des Besatzungsstatuts durch den Deutschlandvertrag wären hinfällig, vorzeitige Neuwahlen zum Bundestag würden notwendig werden und es würde innenpolitisch ein Madrikampfen entbrennen, der einer ruhigen Aufwärtsentwicklung der Bundesrepublik höchst gefährlich werden könnte.

Die Entscheidung über die Wehrbeitragsklage mit ihren Folgen und Auswirkungen auf die gesamte auswärtige und innenpolitische Lage, welche Machtstille dem Bundesverfassungsgericht durch die Wehrbeitragsklage werden ist. Es ist als dritte entscheidende Instanz neben der Bundesregierung und die gesetzgebenden Körperschaften getreten. Es kann, wenn es sich den rechtlichen Argumenten der Antragsteller anschließt, den Wehrbeitrag verhindern. Einer der Bundesverfassungsrichter, Dr. Wils Gester, hat einmal auf diese Machtstellung des Bundesverfassungsgerichts hingewiesen und in ihr den Ausdruck des Vertrauens in die Objektivität der Justiz und den Wert des Rechts gesehen.

Das Bundesverfassungsgericht darf deshalb nicht so sehr vielfach befürchtet wird, zum Spielball politischer Machtkämpfe werden. Die Befürchtungen, die man in Bonn und anderswo hegt, werden von der Überlegung getragen, daß ein Teil der Verfassungsrichter von den politischen Parteien vorgeschlagen wurde. Vom Ersten Senat des Bundesverfassungsgerichts, der unter der Leitung des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, des FDP angehörigen Dr. Höpker-Asohoff, steht und der nach dem Gesetz über das Bundesverfassungsgericht bei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifeln über die förmliche oder sachliche Vereinbarkeit von Bundesrecht oder Landesrecht mit dem Grundgesetz und damit auch über die Wehrbeitragsklage der SPD zu entscheiden hat, wenn ein Drittel der Mitglieder des Bundestages, wie das jetzt der Fall ist, einen demgegenüber Antrag stellt, spricht man als den „roten Senat“. Nicht weil die Verfassungsrichter rote Roben tragen, sondern weil unter den zwölf zur Zeit nur drei Richtern dieses Senates, von denen mindestens neun an der Verhandlung teilnehmen müssen, eine größere Anzahl — von sechs bis sieben wird gesprochen — von der SPD nominiert wurde bzw. ihr politisch nahesteht.

Die Bundesverfassungsrichter sind auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vereidet. Ihre Entscheidungen sind, wie es in der Einführung zum Gesetz über das Bundesverfassungsgericht heißt, rechtsverbindlich und dürfen keine politischen Willensentscheidungen sein.

**Die Richter sollen keine Politiker sein**  
 Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts und Präsident des Zweiten Senates, der ehemalige sozialdemokratische Justizminister von Schleswig-Holstein Dr. Rudolf Katz, unter-

strich diese Verpflichtung der Verfassungsrichter einmal ausdrücklich als er darauf hinwies, daß alle Verfassungsrichter allein in das Grundgesetz seine Auslegung und seine Weiterentwicklung gebunden sind und gleich, wie früher ihre politische Einstellung war. Ein Richter ist kein Politiker mehr. Er wird, wenn er Recht sprechen soll, seine politische Einstellung vergessen müssen.

Es erscheint uns deshalb nicht angebracht, aus der Zusammensetzung des Ersten Senates, der über die Wehrbeitragsklage zu entscheiden hat, vorzeitig Schlüsse auf die mögliche Entscheidung zu ziehen.

Das Bundesverfassungsgericht wird heute die Rechtsargumente der Kläger vertreten durch die Bundestagsabgeordneten Dr. Arndt (SPD) und Dr. Reimann (FU-Zentrum), und der Bundesregierung, die den Staatssekretär Strauß vom Bundesinnenministerium anknüpft, anhört und dann in eingehender Beratung durch Mehrheitsbeschluß die Entscheidung treffen.

## Diskussion

### In der saarländischen Sozialdemokratie

Saarbrücken (dpa). Die Gründung einer Deutschen Sozialdemokratischen Partei (DSP) an der Saar wird unter Mitgliedern der alten Sozialdemokratischen Partei Saar (SPS) diskutiert. Innerhalb der Parteiorganisation der alten SPS wurde der Wunsch geäußert, die Spaltung der saarländischen Sozialdemokratie zu beenden und eine neue Basis der Zusammenarbeit mit der Conrad-Regist-Gruppe, die kürzlich die DSP gründete, zu finden.

Der Vorsitzende der SPS, Richard Kim, erklärte, solche Verhandlungen würden nicht grundsätzlich abgelehnt. Kim wandte sich gegen Behauptungen, die SPS sei von Frankreich abhängig.

### Pfalz-Rat will zurück

Neustadt/Weinert (Eig. Ber.). Die Pfalz-Rat des Bundes Bayern-Pfalz fordert die Rückkehr zu Bayern. In einer Entscheidung wird von der Bundesregierung verlangt, daß sie mit größter Beschleunigung dem Bundestag ein Verfassungsgesetz über das in Artikel 25 der Bonner Grundgesetz vorgesehene Volksabgeordneten zugeben läßt.

### FDP Hessens gegen Koalition mit SPD

Alsfeld (AP). Der Landesverband der Hessischen FDP beschloß auf einem außerordentlichen Landesparteitag, daß die Bildung oder Fortsetzung einer Regierungskoalition mit der Sozialdemokratie in einem deutschen Lande mit der Zielsetzung und den historischen Aufgaben der FDP unvereinbar sei. Eine Ausnahme bilde lediglich Westfalen.

Vor einiger Zeit verlangte der nordrhein-westfälische Landesverband der FDP auf einem außerordentlichen Parteitag die Auflösung der FDP-SPD-Regierungskoalition in Baden-Württemberg.

# Aus der christlichen Welt

## Kein kirchliches Sondergeld

Die Hamburgische Landeskirche lehnte die Bitte des Heimkehrerverbandes ab, zum Gedenken an die noch in Gefangenschaft Befindlichen einmal im Monat und in jeder Woche die Glocken der Stadt läuten zu lassen. Die Kirche werde immer wieder die Gemeinden auf die sonntägliche Fülle und die Kriegsgefangenenbetriebe hinweisen. Führende Geistliche, wie Altbischof D. Wurm und Bischof D. Dr. Dibelius, sowie die ständige Kriegsgefangenenhilfe des Evangelischen Hilfswerkes für Kriegsgefangene und Internierte bemühen sich unabhängig für diese Sache. Es werde aber von der Bevölkerung ein kirchliches Sondergeld, das nicht mit dem Ruf zur Gemeinschaft im Gottesdienst und Gebet verbunden sei, nicht verstanden. (EFD)

**Katholiken gegen Zwangsgemeinschaftsschule**  
 10 000 katholische Männer des Osnabrücker Landes protestierten anlässlich einer Wallfahrt nach Halle gegen den vom niedersächsischen Kultusminister angekündigten Gesetzesentwurf, der die Einführung der Zwangsgemeinschaftsschule vorsieht. Das bedeute eine Verletzung des Elternrechts. (CND)

**Bekanntnis zum Pletissimus**  
 Die diesjährige Gnadener Pfingsthoofere, die in Anwesenheit von rund 400 Vertretern der Gemeinschaften aus ganz Deutschland in

Frankfurt/Main stattfand, bekannte sich zum Festhalten an den „bewährten Formen des Pletissimus“. Marrer Fritz Riemacker aus St. Christophen bei Basel wandte sich gegen eine „einseitige Verkürzung“ der biblischen Botschaft, die sie durch Karl Barth und seine Schüler gesehen sei. An dem biblischen Bekenntnis der Bekehrung der Heiligung und Gemeinschaft müsse festgehalten werden. (EFD)

**Heiliges Offizium wagt vor Schandlitteratur**  
 Das Heilige Offizium vor dem Päpstlichen Stuhl wagt die Gläubigen vor der Lektüre und Verbreitung aller bösen Bücher und Zeitschriften und fordert auf, die Jugend vor solchen Schriften zu bewahren. Die Behörden sollen den Druck und die Verbreitung derartiger Publikationen nicht dulden. (CND)

**Mutterkirche der Christlichen Wissenschaft**  
 Die diesjährige Jahresversammlung der Ersten Kirche Christi, Christliche Wissenschaft fand dieser Tage in Boston statt. Die Kirche hat ihre Zweigstellen in 43 Ländern der Erde. Zum Präsidenten für das neue Amtsjahr wurde Oberstleutnant R. Ellis Key aus London ernannt. Mrs. Lora Radwin aus Boston trat als Präsidentin zurück. Geistiges Verständnis, nicht Zahl noch menschliche Macht sei die Kraft, welche das Schicksal der Welt gestalte, war das Leitmotiv der Jahresversammlung. (E. B.)

# Nach Mitternacht

EIN ROMAN VON VERRAT UND LIEBE / VON KATRIN HOLLAND

47. Fortsetzung

Pressenachrichte durch den Literatipresse Dienst

Suter war ein älterer Mann, von einer fast penigenen Korrektheit umgeben. Er fand es schwer, in diesem aufgereizten jungen Mann den ruhigen, gelassenen amerikanischen Rechtsanwalt wiederzuerkennen, der ihn vor noch nicht ganz einer Woche auf seinem Wege nach Italien besucht hatte. Und er dachte nicht daran, sich von irgend einem Ausländer sagen zu lassen, was er zu tun oder zu lassen habe.

„Ich habe alles getan, was ich konnte, um Ihnen zu helfen“, antwortete er kalt. Sein Englisch war flüchtig, aber sein schwerer Akzent zerrte an Webbs Nerven. „Haben Sie Acuto nicht gesprochen?“

„Acuto ist nicht mehr wichtig.“ Webb fing sich selbst und fuhr ruhiger fort: „Er ist tot. Haben Sie es nicht gehört? Ermordet.“

Suter fuhr erschrocken zurück. Er griff nach den Zeitungen, die noch zusammengefallen auf seinem Schreibtisch lagen, ließ sie dann in dessen liegen. „Tot, ermordet“, wiederholte er. „Wie ist denn das geschehen?“

„Das will ich eben feststellen. Die Polizei glaubt, daß einer der Männer, die für ihn gearbeitet haben, ihn in einem Streit getötet hat. Aber ich bin sicher, daß dies ein Irrtum ist. Ich habe Grund zu glauben, daß Acuto in Verbindung mit dem Tizian ermordet worden ist.“

Bei jeder Art von Gewalt wurde Suter unbehaglich zornig. Seine ganze vorwichtige Natur schreckte vor dem Gedanken zurück, in eine derartig peinliche Angelegenheit verwickelt zu werden. Er blickte wieder sehnsüchtig nach den Zeitungen, als ob er, wenn er erst einmal eine vernünftige Darstellung des Mordes gelesen hätte, Carr davon überzeugen könnte, daß seine Vorstellung irrig und abenteuerlich wild sei. Zu gleicher Zeit dachte er daran, daß er sich von dem jungen Amerikaner nicht verleiten lassen durfte, irgend etwas zu sagen, was er nicht enthüllen wollte.

„Einen Augenblick nur“, sagte er. „Sagen Sie mir: haben Sie Acuto überhaupt noch gesehen? Hatten Sie die Möglichkeit, mit ihm...“

„Natürlich habe ich ihn gesehen. Am Donnerstag nachmittag. Vor zwei Tagen. Wenige Stunden, ehe er getötet wurde.“

„Und was hat er Ihnen gesagt?“

Die vorsichtige Frage machte Webb sofort ruhig. Er blickte Suter gerade in die Augen. „Er hat mir versichert, daß er der Eigentümer des Gemäldes war.“

Er nahm Suters leichtes Stirnrunzeln wahr und wußte, daß der Schweizer darüber nachdachte, ob er damit auf den Busch klopfte. Er zwang sich, nüchtern und sachlich zu sprechen.

„Acuto hat mir versprochen, daß er mir am Montag den Kaufvertrag zeigen wollte.“

Er beobachtete, wie Suter eine Kiste mit langen, dünnen Zigarren öffnete. Sie verstanden, daß sein Wort mir nicht genügen konnte. Ich brauche Beweise.“

In seiner Stimme lag starke Entschiedenheit, die Suters Oben nicht erlief. Und es gab für Suter keinen Grund, an ihm zu zweifeln; alles in allem waren ihre Interessen die gleichen — den Handel abzuschließen.

„Gut — wenn Acuto es Ihnen erzählt hat — ich kann die Tatsache, daß er der rechtmäßige Eigentümer war, bestätigen.“

Er lehnt sich gegen das weiche Kissen seines Stuhls zurück. Gott sei Dank! Die Angelegenheit war endgültig in Ordnung. Aber Webbs Reaktion war nicht, wie er es erwartet hatte. Er sah, wie der junge Amerikaner von seinem Stuhl aufsprang, so ungestüm, daß er ihn beinahe umgeworfen hätte.

„Sie verstehen mich immer noch nicht. Acutos Rolle ist unwichtig geworden.“ Zerstreut fing er an, auf und ab zu gehen. Das Zimmer war nicht allzu groß und mit Möbeln überfüllt. Es schien kaum Platz genug für die langen Schritte des Amerikaners zu bieten. Er wirkte plötzlich sehr groß.

„Wer war der Mann, der ihm den Tizian verkauft hat, Suter?“

„Mein lieber Mr. Carr. Sie sind Rechtsanwalt...“ Suter legte seine Hände mit unwilliger, doch hilfloser Geste auf die Lehnen seines Stuhls. Webb sah, wie er dabei die kleinen Spitzenschuhe anstülpte. „Ab Rechtsanwalt wissen Sie, wie wichtig...“

„Bitte, unterbrechen Sie mich nicht. Ich zweifle nicht an Ihrem Wort und habe nie daran gewweifelt. Passen Sie auf, ich wollte Ihnen sagen, daß ich Grund habe zu glauben, wer es auch sei, der Acuto ermordet hat —

er, hat ihn ermordet, um ihn zum Schweigen zu bringen. Es unmöglich zu machen, daß er Dinge enthülle, die den Tizian betrafen. Aber was für Dinge?“

Aber was dachte er, was konnte wichtig genug sein, um Carlo de Cresti seine ganze glänzende Zukunft aufs Spiel setzen zu lassen?“

„Die Polizei wird es herausbekommen“, sagte Suter schnell und verneinend.

„Ich bezweifle es.“ Webb zog sein Taschentuch heraus, um sein Gesicht abzuwischen, und als er es auseinander schüttelte, fiel ein kleines rosa Papier zu Boden; die Quittung für den Radiopaparot, den er dem verkrüppelten kleinen Kind in Mailand gekauft hatte. Er blickte sich, hob sie auf und steckte sie wieder in seine Jackettasche. Einen Augenblick lang überlegte er, ob er es wagen sollte, dem Schweizer von seinem Verdacht zu erzählen. Dann beschloß er, es nicht zu tun. „Der Mann, für den Sie verhandeln, dessen Namen Sie gebührendlich versprochen haben, ist tot. Es gibt jetzt keinen Grund mehr, mir nicht alles zu erzählen, was Sie über die Hintergründe der ganzen Sache wissen.“

Wieder dem blauen, duftenden Rauch seiner Zigarre rannelte Suter die Stirn.

„Ich fühle mich nicht ermächtigt zu sprechen, bevor Acutos Testament geöffnet worden ist. Er mag gewisse Anordnungen getroffen haben. Er hat eine Tochter, eine Erbin, die ich berücksichtigen muß. Ich wiederhole: er war der rechtmäßige Eigentümer. Er hat den Tizian rechtmäßig erworben.“

Webb lächelte, wie ihn wieder die Ungeduld überwallte. Er konnte es sich nicht erlauben, Zeit zu verschwenden. Er suchte die Achseln. „Wie Sie wünschen. Mr. Suter, ich werde jedoch in diesem Fall nach New York keln und von dem Geschäft abtreten. Ich bin

nicht zufriedengestellt worden. Ich bin nicht im geringsten zufriedengestellt worden, sage ich Ihnen.“

Suter straffte sich beleidigt in seinem bequemen Stuhl. Er war nicht gewohnt, daß sein Wort angezweifelt wurde. „Sie haben bekommen, was Sie wollten; den Namen des letzten rechtmäßigen Eigentümers.“

„Das genügt jetzt nicht mehr. Der Mord an Acuto bringt mich auf den Gedanken, daß der Tizian gestohlen worden sein kann, selbst wenn er ihn rechtmäßig gekauft hat.“

Suter versuchte sich dieser Forderung Webbs nicht verschließen. Er nahm die Zigarre aus dem Mund und klopfte sie vorsichtig am Rand eines runden, silbernen Aschenbeckers ab. Die meisten seiner Gedächtnisse standen in Verbindung mit Italien und Frankreich. Er wollte sehr gut; wenn diese stolzen alten Familien selber Diskretion nicht vollkommen vertrauten, würden sie sich einen andern Mann suchen, der solche Geschäfte für sie vermitteln könnte. Er wollte aber auch, daß er seine Vermittlungsbühr würde zurückzahlen müsse, wenn die New Yorker Galerie den Tizian nicht behalten sollte.

„Ich habe das Bild in meinem Zürcher Büro erhalten“, sagte er langsam. „Es war nicht meine Sache zu fragen, wie er dorthin gekommen ist. Ich habe auch nicht gefragt, das einzige, dessen ich mich zu versichern hatte, bevor ich es verkaufen konnte, war, daß es nicht gestohlen worden war. Und die Resultate meiner Erkundigungen haben mich befriedigt.“ Und was haben Sie festgestellt?“

Acuto war tot, dachte Suter. Er zögerte eine Weile, beugte sich dann leicht und zog an einem Schubfach seines Schreibtisches, blickte auf um zu sehen, ob Webb ihn beobachtete, und schloß auf.

(Fortsetzung folgt)



# 1951 im Spiegel des BDL-Berichts

### Rund 165 Mill. DM Reinertrag — 1,6 Mrd. DM Gold- und Devisenreserven — Beträchtliche Spartätigkeit

Der Geschäftserfolg der Bank Deutscher Länder ist eine umfangreiche Analyse der wirtschaftlichen Entwicklungen im Bund während des Jahres 1951 und damit eine der wichtigsten Quellen für deren Erkenntnisse. Das ganze Wirtschaftswesen, das öffentliche und private, spiegelt sich in den Konten und Auswärtigen des zentralen Geld- und Wehrministeriums.

Die Tätigkeit der Bank kommt in ihren Geschäftsergebnissen zum Ausdruck, die einen weiten Aufschluss über den deutschen Wirtschaft im Vergleich zeigen. Die Gesamterträge stiegen von 269,5 Mill. DM im Jahr 1950 auf 360,5 Mill. DM im Jahr 1951. Davon bilden die Zinserträge mit 254,7 (240,9) Mill. DM den Hauptposten. Sie stammten überwiegend aus den Zinsen für Ausleihungsgeschäften. Andererseits stiegen die Verwaltungskosten von 19,3 auf 17,9 Mill. DM von 1950 auf 1951. Die Zinsen für den Verkauf von Staatsanleihen von 104,36 (126,0) Mill. DM gehen wieder 20 v. H. des Grundkapitals gleich 30 Mill. DM an die gesetzliche Rücklage, ebenso wie die sonstigen Rücklagen, während die Anteile für die Landeszentralbanken (von 10,5 auf 12,5 Mill. DM im Jahr 1951) und die Bundeszentralbank (von 1,5 auf 2,5 Mill. DM im Jahr 1951) ebenfalls zugenommen haben. Die bisherigen Länder von Baden-Württemberg zusammen 184 (181), v. H. gleich 8 Mill. erhalten und der Rest von 17,36 Mill. an den Bund geht.

Unter den sonstigen Aufwendungen interessieren u. a. die Kosten der Geldausgabe. Der Notendruck kostete diesmal nur 1,5 Mill. DM gegenüber 1,3 Mill. DM im Jahr 1950. Die Ausgabe von Banknoten ist im Vergleich zum Vorjahr nicht so stark zurückgegangen wie im Vorjahr. Die Ausgabe von Banknoten ist im Vergleich zum Vorjahr nicht so stark zurückgegangen wie im Vorjahr. Die Ausgabe von Banknoten ist im Vergleich zum Vorjahr nicht so stark zurückgegangen wie im Vorjahr.

Der Personalbestand der Bank Deutscher Länder war am 30. April 1953 2125. Einschließlich der Landeszentralbanken waren Ende 1951 zusammen 19 847 Beschäftigte tätig. Die Bilanz zum Ende des Jahres 1951 (in Mill. DM) als wichtige Posten und Veränderungen gegenüber dem Vorjahr auf der Passivseite den Notenumlauf mit 8.251,1 (8.202,3), Einlagen der Bundeszentralbank und Gegenwerten 1.218,4 (1.317,8), sonstige flüssige Mittel 1.423,3 (1.326,4), Grundkapital und Rücklagen 210 (270), Rückstellungen

200,1 (195,9). Auf der Aktivseite: Inlandwechsel 4036,3 (3992,4), Auslandskonten 2213,3 (2093,9). Im Hinblick auf die kommende, allerdings im Grundstatistik und Kassenbuch noch nicht abgeschlossene Bilanzierung des Jahres 1951, ist es bemerkenswert, dass die Bilanz der BDL und der Landeszentralbanken. Hier ergibt sich nach Abzug der Beteiligung der Landeszentralbanken an der BDL mit 10,5 Mill. an Grundkapital von 285 Mill. Rücklagen 204,8 Gesamteinlagen 1.446,4 Mill. Ausleihungsgeschäften 819,9 Mill., Vorschüssen und kurzfristige Kredite 622,9 Mill., Landesbankkredit 312,5 Mill., Geschäftsausleihung 1.683,3 Mill., Bilanzsumme 19.310,9 Mill.

**Noch ungenügende Währungsbestände**  
Die Bilanz der BDL für 1951 erhält dadurch eine besondere Note, daß erstmals wieder (bei den Wehrmachtswirtschaften) freilich schon etwas vorher ein Goldbestand ausgewiesen wird und zwar mit 113,4 Mill. DM. Daraus konnten die Devisenguthaben erhöht werden, so daß sich ein Netto-Gold- und Devisenbestand von 113 Mill. ergibt. Die eigentliche Manipulationsreserve für den auswärtigen Zahlungsverkehr, der Bestand an Gold und freien Dollarguthaben, erhöhte allerdings im Vergleich zum Vorjahr 1951 noch nicht den ersten Vierteljahr 1951, während die westlichen Länder (ohne USA) im Oktober 1951 im Durchschnitt einen Gold- und Dollarbestand von drei Monatslieferungen hatten. Im Hinblick auf steigende neue Anpassungen wird dieser Bestand als gering angesehen. Immerhin, hätte die Bundesbank im Herbst 1950 jedoch, so hätte die damalige Konstellation der Liberalisierung und der Bittung zur Europäischen Zahlungsunion um Kredite vermieden werden können.

Der Bericht weist darauf hin, daß trotz der beträchtlichen Besserung der Devisenlage die Zahlungsbilanz noch keineswegs gelöst ist. Das monatliche Devisenergebnis 1951 setzte zum Teil aus der Abwicklung von Übernahmen an der Auslandsbörse her. Die für das laufende Haushaltsjahr (Juni 1951 bis Juni 1952) zugesagten Mittel der MSA („Verwaltung für gegenwärtige Maßnahmen“) sind dagegen mit 196 Mill. Dollar noch ein Bruchteil der Mittelansprüche der früheren Jahre. Die Forderung war bereits ein schlagartiger Rückgang der Einflüsse aus dem Hilfsprogramm

seit Oktober. Der Ausfall konnte auch nicht durch die Dollarkäufe aus zunehmenden Anträgen von Bestimmungsgeschäften (71 gegen 49 Mill. Dollar 1950) ausgeglichen werden. Die so entstehende Finanzierungslücke mußte durch eine Herabsetzung der Gold- und Dollarreserven der BDL geschlossen werden, wodurch der Bestand in den letzten drei Monaten 1951 um 88 Mill. Dollar zurückging. Diese Entwicklung setzte sich 1952 weiter fort. Ab April kam jedoch eine Inanspruchnahme der Dollarreserven wieder zum Stillstand, vor allem durch die Kürzung der Kohlenzufuhr aus den USA; darüber hinaus konnte ein Teil der vorherigen Verluste wieder wettgemacht werden.

Die BDL hält es für utopisch, eine Behebung der besonders kritischen Außenhandelslage gegenüber dem Dollarraum von Wechselkursmanipulationen zu erwarten.

**Starke Spartätigkeit**  
Zur geldwirtschaftlichen Entwicklung wird anknüpfend an die Bewegungen seit dem Ausbruch der Korrekturen, die damals mindestens dreiwärtig Mrd. DM Bargeldentlastungen aufwies, daß eine bedeutende Sparpolitik und Sparveränderungen an die Warenmärkte führte. Eine Milliarde an Bargeldentlastungen wurde durch Sparmaßnahmen wieder zum Stillstand, vor allem durch die Kürzung der Kohlenzufuhr aus den USA; darüber hinaus konnte ein Teil der vorherigen Verluste wieder wettgemacht werden.

**Stärke Spartätigkeit**  
Zur geldwirtschaftlichen Entwicklung wird anknüpfend an die Bewegungen seit dem Ausbruch der Korrekturen, die damals mindestens dreiwärtig Mrd. DM Bargeldentlastungen aufwies, daß eine bedeutende Sparpolitik und Sparveränderungen an die Warenmärkte führte. Eine Milliarde an Bargeldentlastungen wurde durch Sparmaßnahmen wieder zum Stillstand, vor allem durch die Kürzung der Kohlenzufuhr aus den USA; darüber hinaus konnte ein Teil der vorherigen Verluste wieder wettgemacht werden.

**Bargeldumlauf nicht anormal hoch**  
Der Bericht der BDL behandelt eingehend die Entwicklung des Geldvolumens, seine Vermehrung im ersten Halbjahr 1951 vor allem durch eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit und eine Abnahme der Umlaufzeit. Im zweiten Halbjahr, die den stärkeren Anstieg des Bargeldumlaufs im wesentlichen wieder neutralisierte, wurden die Umlaufgeschwindigkeit und die Umlaufzeit wieder in etwa den ersten Halbjahr gleich. Im Vergleich zu anderen Wirtschaften der Volkswirtschaft und im Vergleich zum Volkseinkommen eher niedriger als vor dem Krieg. Der Umlauf an Noten und Münzen habe im Jahresdurchschnitt 1951 8,1 v. H. des Volkseinkommens betragen gegenüber 10,1 v. H. im Jahre 1950, 8,3 v. H. im Jahre 1949, 10,1 v. H. im Jahre 1948, 8,1 v. H. im Jahre 1947.

**Ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts geht an die öffentlichen Haushalte**  
Eingehend wird die Entwicklung der öffentlichen Haushalte behandelt. Im Rechnungsjahr 1950/51 hatten sie sich mit Kassenbeiträgen von rd. 400 Mill. abgegrenzt. Im Rechnungsjahr 1951/52 sind die Ausgaben erheblich gestiegen und für Investitionen 1,5 Mrd. mehr als im Vorjahr zur Verfügung gestellt wurden. Das Aufkommen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nahm um rd. 43 v. H. zu, von dem die wichtigsten Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts, das von 94 auf 115 Mrd. DM anstieg, in Anspruch genommen, so daß die Belastung des Bruttoinlandsprodukts mit Steuern und Abgaben um rd. 20 v. H. im Rechnungsjahr 1950/51 auf rd. 33 v. H. im letzten Rechnungsjahr 1951/52 anstieg. Die Belastung bei den öffentlichen Haushalten war recht unterschiedlich die Länder, die den größten Teil der statisch erfassten Kassenmittel um rd. 419 Mill. auf 850 Mill. anstiegen; höchstwahrscheinlich entfiel auch ein Teil des hohen Zuganges der bei den Geschäftsbanken unterhaltenen Anlagen öffentlicher rechtlicher Körperschaften auf Kassenmittel der Länder. Die Verbindlichkeiten gegenüber den Gemeinden mit 284 Mill. gegen 1120 Mill. Ende März 1952 gegenüber der gleichen Verjahrszahl besonders groß.

**Manneiberg Frauen-Medienmeister**  
Inl. Weizen 45,30, Inl. Roggen 42,10, Futtergerste 10, 37,30, Sorbengerste 27,50, Inlandmais 26,50 bis 27, Industriehafer 20, Weizenmehl Type 200 61,40 bis 64,40, dito Type 205 63,30—64,30, dito Type 212 39,50—40,50, dito Type 250 47,70—48,70, Brotweizen Type 250 54,10—55,20, Roggenmehl Type 1150 35,60 bis 36,00, dito Type 1170 32,60—33,60, Weizenkleie 21 bis 23,50, Roggenkleie 20—20,30, Weizenbrotmehl 24 bis 24,50, getr. Biersteiner 24—24,50, Malzkorn 21,50 bis 22,50, extrah. Rapeseed 23—24, Sojabohnen 45 bis 46, Kokoschrot 25, Palmkernschrot 24,75, Mais 41,30—42,50, Kartoffeln 6,30. Tendenz: stetig.

## Fortbestand der EZU gesichert

In zweitägigen harten Verhandlungen hat der Ministerrat der OEEC einen Weg gefunden, den Fortbestand der europäischen Zahlungsunion (EZU) nach dem 30. Juni 1953 sicher zu stellen. Die belgische EZU-Kredite stiegen nach dem 30. Juni 1953 auf 200 Mill. Dollar im Vergleich mit den Krediten der anderen Teilnehmerländer. Die belgische EZU-Kredite stiegen nach dem 30. Juni 1953 auf 200 Mill. Dollar im Vergleich mit den Krediten der anderen Teilnehmerländer.

**Bund stärkster EZU-Gläubiger im Mai**  
Die Bundesrepublik erzielte im Mai bei der Europäischen Zahlungsunion einen Überschuss von 96 Mill. Dollar gegen 35 Mill. Dollar im April. Die Bundesrepublik erzielte im Mai bei der Europäischen Zahlungsunion einen Überschuss von 96 Mill. Dollar gegen 35 Mill. Dollar im April.

**Stärke Spartätigkeit**  
Zur geldwirtschaftlichen Entwicklung wird anknüpfend an die Bewegungen seit dem Ausbruch der Korrekturen, die damals mindestens dreiwärtig Mrd. DM Bargeldentlastungen aufwies, daß eine bedeutende Sparpolitik und Sparveränderungen an die Warenmärkte führte. Eine Milliarde an Bargeldentlastungen wurde durch Sparmaßnahmen wieder zum Stillstand, vor allem durch die Kürzung der Kohlenzufuhr aus den USA; darüber hinaus konnte ein Teil der vorherigen Verluste wieder wettgemacht werden.

## Von Mangoldt

**Vorsitzender des EZU-Direktoriums**  
Der bisherige deutsche Vertreter im Direktionskomitee der EZU, Dr. Hans-Karl von Mangoldt, wurde zum Vorsitzenden dieses Komitees gewählt. Damit beendete die Bundesrepublik zum erstenmal einen der bedeutendsten Posten im europäischen Wirtschaftspakt. Für dieses Amt wird im Gegensatz zur Präsidentenwahl der OEEC-Statut nicht ein Land, sondern eine Persönlichkeit gewählt.

## Karlsruher Hafen in Amsterdam

Anlässlich der Eröffnung des Amsterdamer-Rhein-Kanals am 21. Mai, durch den, wie bereits gemeldet, eine Fahrverbindung ab niederländischer Grenze von 49 auf 28 Stunden erreicht wird, wurde eine internationale Ausstellung „Der Rhein“ mit der Schau der Rheinhäfen zwischen dem Karlsruher Rheinhafen vertreten, von dem ein überweltliches, mit Anmerkungen aufgenommenes Hafenmodell in einer mit antiken Bildern ausgestatteten Kiste gezeigt wurde. Vertreter von Karlsruhe waren Hafenrat Langfritz und Beigeordneter Dr. Hall.

## Investitionshilfe für Absatzfinanzierung

### „Flurbereinigung“ im Teilzahlungsgeschäft gefordert

Einige große Sparkassen sind ferner dazu übergegangen, die Kreditbedingungen für Absatzfinanzierungsgeschäfte zu gestalten, die manche langjährige Geschäftsbeziehungen aufrechterhalten. Die Beteiligten an solchen Kreditgeschäften ihre Konten bei den betreffenden Sparkassen zu halten hätten. In der Absatzfinanzierung von Lastkraftwagen berechnen ebenfalls diese Sparkassen betriebl. und unternehmerische Vorteile. Das alles hat dazu geführt, daß die Teilzahlungsbanken die als Spezialinstitute sich ausschließlich mit dem Teilzahlungsgeschäft beschäftigen, nunmehr eine „Flurbereinigung“ im Teilzahlungsgeschäft fordern. Sie verweisen darauf, daß die Banken und Sparkassen, die das Teilzahlungsgeschäft betreiben, die Kreditbedingungen zu unterschiedlich und die Wettbewerbsbedingungen zu unterschiedlich. Die Bundesbank hat sich grundsätzlich bereit erklärt, eine Prüfung vorzunehmen. Es ist beabsichtigt, daß das Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen über Teilzahlungsgeschäfte ausarbeitet. Auf der Basis eines solchen Gesetzes werden sich die Teilzahlungsbanken gleiche Startbedingungen für alle Beteiligten.

## Erdölbohrungen in Hessen

Die Erdölbohrungen im hessischen Ried in der Gegend zwischen Elm und Odenwald scheinen nach den neuesten Bohrergebnissen nun doch erfolgreich zu sein. Seit 1952 hatte die Bohrturma-Gesellschaft Elwag einen Konzessionsvertrag zur Ausbeutung des Gebietes zwischen Elm und Odenwald. Nachdem die Bohrturma-Gesellschaft im Jahre 1952 die Bohrung an der Stelle aufgegeben hatte, erfolgte im August 1952 bei Wolfesbach, einem Dorf im Ried, eine Bohrung in 100 m Tiefe. Die Bohrung wurde von der Bohrturma-Gesellschaft durchgeführt. Die Bohrung wurde von der Bohrturma-Gesellschaft durchgeführt. Die Bohrung wurde von der Bohrturma-Gesellschaft durchgeführt.

## Mehr Pappelanbau in Baden

Nachdem im Frühjahr 1953 eine „Nationale Pappelerntkommission“ gebildet worden ist, soll jetzt auch auf der Basis des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg eine Organisation geschaffen werden, in der sich die am Pappelanbau interessierten Kreise auf privater Grundlage zusammenschließen. Der Aufbau der „Nationalen Pappelerntkommission“ wird besonders im badischen Landesteil in den Auswertungen der Rheinlandwirtschaft gefördert. Ziel der beabsichtigten neuen Organisation soll es sein, den Pappelanbau über den staatlichen Verwaltungsrahmen hinaus auf breiter Grundlage zu fördern. Auf Grund neuester Erfahrungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse will man den Anbau von Pappeln in Baden und für die badischen Landesteile in den Auswertungen der Rheinlandwirtschaft gefördert. Ziel der beabsichtigten neuen Organisation soll es sein, den Pappelanbau über den staatlichen Verwaltungsrahmen hinaus auf breiter Grundlage zu fördern.

## Neue Kesselofenfabrik in Baden

Die Kesselofenfabrik Kewal Lang in Wuppertal-Landfeld, die schon Zweigbetrieb in Wiesbaden in Mittelfranken besitzt und eine Produktion von 4000 Kesselöfen monatlich angibt, hat zur Befriedigung der südwestdeutschen Räume Anfang Juni in Hochheim in Baden eine weitere Zweigfabrik, die „Neue Kesselofenfabrik“, eröffnet. Die neue Zweigfabrik in Hochheim hat eine Leistungsfähigkeit von mindestens 3000 Kesselöfen monatlich. Die Spezialität des Unternehmens sind Eisenblech-Kesselöfen. Früher gab es in der Wäldchen nur den gemauerten Ofen und schließlich Kesselöfen aus einem Metallblech. Die Kesselofenfabrik Kewal Lang in Wuppertal-Landfeld, die schon Zweigbetrieb in Wiesbaden in Mittelfranken besitzt und eine Produktion von 4000 Kesselöfen monatlich angibt, hat zur Befriedigung der südwestdeutschen Räume Anfang Juni in Hochheim in Baden eine weitere Zweigfabrik, die „Neue Kesselofenfabrik“, eröffnet.

## Devisen für die Olympischen Spiele

Die finnische Nationalbank hat einen neuen Touristenkurs für den Umsatz westlicher Devisen in Finnmark für diesen Sommer bekanntgegeben, der um rund 30% über dem allgemeinen Kurs liegt. Durch diese Maßnahme will man den Besuchern der am 18. Juli in Helsinki beginnenden Olympischen Spiele entgegenkommen. Ein Verbot der Währungsbehörden, das man eine Sprengung der Ordnung oder eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit befürchten müsse, wenn sich gewisse Sicherungen einzubauen seien.

## Erhard weiterhin für freien Eisenpreis

Die kürzlich auf dem Sachgebiet getroffene Lösung sei nur die „erste Hälfte“, die Ziel sei nach wie vor der freie Eisenpreis, die eine größere Ordnung auf dem Markt bringen werde, erklärte Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard auf der Jahreshauptversammlung der Gruppe Wabstahl. Man müsse den Mut zum freien Preis aufbringen, im Zweifelsfall würde der freie Preis mehr produziert werden. Preisniveau bewirke dann, daß die vorhandenen Mengen über

## Mehr Pappelanbau in Baden

Nachdem im Frühjahr 1953 eine „Nationale Pappelerntkommission“ gebildet worden ist, soll jetzt auch auf der Basis des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg eine Organisation geschaffen werden, in der sich die am Pappelanbau interessierten Kreise auf privater Grundlage zusammenschließen. Der Aufbau der „Nationalen Pappelerntkommission“ wird besonders im badischen Landesteil in den Auswertungen der Rheinlandwirtschaft gefördert. Ziel der beabsichtigten neuen Organisation soll es sein, den Pappelanbau über den staatlichen Verwaltungsrahmen hinaus auf breiter Grundlage zu fördern. Auf Grund neuester Erfahrungen und wissenschaftlicher Erkenntnisse will man den Anbau von Pappeln in Baden und für die badischen Landesteile in den Auswertungen der Rheinlandwirtschaft gefördert. Ziel der beabsichtigten neuen Organisation soll es sein, den Pappelanbau über den staatlichen Verwaltungsrahmen hinaus auf breiter Grundlage zu fördern.

## Neue Kesselofenfabrik in Baden

Die Kesselofenfabrik Kewal Lang in Wuppertal-Landfeld, die schon Zweigbetrieb in Wiesbaden in Mittelfranken besitzt und eine Produktion von 4000 Kesselöfen monatlich angibt, hat zur Befriedigung der südwestdeutschen Räume Anfang Juni in Hochheim in Baden eine weitere Zweigfabrik, die „Neue Kesselofenfabrik“, eröffnet. Die neue Zweigfabrik in Hochheim hat eine Leistungsfähigkeit von mindestens 3000 Kesselöfen monatlich. Die Spezialität des Unternehmens sind Eisenblech-Kesselöfen. Früher gab es in der Wäldchen nur den gemauerten Ofen und schließlich Kesselöfen aus einem Metallblech. Die Kesselofenfabrik Kewal Lang in Wuppertal-Landfeld, die schon Zweigbetrieb in Wiesbaden in Mittelfranken besitzt und eine Produktion von 4000 Kesselöfen monatlich angibt, hat zur Befriedigung der südwestdeutschen Räume Anfang Juni in Hochheim in Baden eine weitere Zweigfabrik, die „Neue Kesselofenfabrik“, eröffnet.

## Devisen für die Olympischen Spiele

Die finnische Nationalbank hat einen neuen Touristenkurs für den Umsatz westlicher Devisen in Finnmark für diesen Sommer bekanntgegeben, der um rund 30% über dem allgemeinen Kurs liegt. Durch diese Maßnahme will man den Besuchern der am 18. Juli in Helsinki beginnenden Olympischen Spiele entgegenkommen. Ein Verbot der Währungsbehörden, das man eine Sprengung der Ordnung oder eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit befürchten müsse, wenn sich gewisse Sicherungen einzubauen seien.

## Erhard weiterhin für freien Eisenpreis

Die kürzlich auf dem Sachgebiet getroffene Lösung sei nur die „erste Hälfte“, die Ziel sei nach wie vor der freie Eisenpreis, die eine größere Ordnung auf dem Markt bringen werde, erklärte Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard auf der Jahreshauptversammlung der Gruppe Wabstahl. Man müsse den Mut zum freien Preis aufbringen, im Zweifelsfall würde der freie Preis mehr produziert werden. Preisniveau bewirke dann, daß die vorhandenen Mengen über



# DER SPORT

### NOK meldete 15 Sportarten

Das Nationale Olympische Komitee für Deutschland hat dem Organisations-Komitee für die Olympischen Spiele in Helsinki die 15 Sportarten gemeldet, an denen Deutschland teilnehmen möchte. Den endgültigen Beschluß über die Besetzung der deutschen Expeditionen und die Besetzung der einzelnen Sportarten trifft die NOK jedoch erst auf seiner Frankfurter Sitzung am 18. Juni fassen. Außerdem ist es durchaus möglich, daß noch die eine oder andere der gemeldeten 15 Disziplinen doch nicht besetzt wird, da es sich nicht um einen verbindlichen Beschluß handelt. Eine Teilnahme in anderen Sportarten kommt jedoch nicht mehr in Frage. Die von NOK gemeldeten Verbände sind: Leichtathletik, Schwimmen, Boxen, Scherathletik, Radspport, Turnen, Fechten, Reiten, Schießen, Moderner Fünfkampf, Fußball, Hockey, Rufen, Kanu und Segeln.

### 11 Nationen in Helsinki

Beim offiziellen Nennungsaufruf für die Olympischen Spiele 1952 haben 11 der eingeladenen 11 Nationen ihre Teilnahme beim Organisations-Komitee in Helsinki angekündigt. Haiti bescheid allerdings lediglich den künstlerischen Wettbewerb. Während die USA in allen Disziplinen starten werden, soll das in allen Disziplinen bestehende Aufgebot der Sowjet-Union nur im Hockey fehlen. Neben den durch ein anerkanntes NOK dem IOC angeschlossenen Ländern wollen auch die Ostzone und die Volksrepublik China in Helsinki starten. Beide haben ihre entsprechenden Anträge erneuert. Nach den Kopenhagener IOC-Beschlüssen ist nur eine gesamtdeutsche Mannschaft zusammen, besteht jedoch im Falle der Ostzone kaum Aussicht auf Erfolg, wenn ihre Athleten sich nicht an den gesamtdeutschen Ausscheidungen in Berlin beteiligen. Eine eigene Vertretung wurde noch in Oslo vom IOC abgelehnt.

Der Sportausschuss des deutschen Athletikbundes kommittee in Göttingen folgende Ringer für eine

### West-Qualifikation erst am nächsten Sonntag

Während Horst Emscher bei 8,3 Punkten seinen Platz im „Oberhaus“ sicher hat, muß Erkenschwitz aus dem Restspiel beim VfB Böttinger noch einen Punkt holten, um mit dem 1,5 bei der Zweitligisten auf zwei überaus wertvollen Punkten kam.

### Heidelberg Frauen-Medienmeister

Die Frauen von Schwarz-Gold Heidelberg errangen wie die Herren zum fünften Male in ununterbrochener Reihenfolge den Titel eines Medienmeisters, als 1952 besiegten ETC Karlsruhe klar mit 1:1. Frau Klöpper (H) — Frau Hüner (K) 6:1, 4:1; Frau Voncken (H) — Frau Kohl (K) 6:4, 2:4, 3:7; Frau Eder (H) — Frau Knobloch (K) 5:2, 4:3; Frau Hager (H) — Frau Straßer (K) 5:7, 6:2, 6:2.

### Die Totoquoten

West-964, Zweifelhafte: 1. Rang 40 Gewinner je 123,90 DM, 2. Rang 1330 Gewinner je 26,40 DM, 3. Rang 1740 Gewinner je 26,80 DM, Zehnerwette: 1. Rang 140 Gewinner je 262,00 DM, 2. Rang 1430 Gewinner je 29 DM, 3. Rang 1078 Gewinner je 250 DM.

Nord-964, Elferwette: 1. Rang 1078 Gewinner je 417,50 DM, 2. Rang 1137 Gewinner je 20,70 DM, 3. Rang 10133 Gewinner je 4,40 DM, — Dreifachwette: 1. Rang 3 Gewinner je 2462 DM, 2. Rang 107 Gewinner je 24,50 DM, 3. Rang 1134 Gewinner je 24,90 DM.

### Unser Tip

Kickers Offenbach — Eintracht Frankfurt 2:0  
Schweinfurt — 1. FC Köln 1:1  
STV Horst Emscher — Vahwinkel 8:0  
Tura Ludwigshafen — VfB Mühlburg 2:0  
VfB Böttinger — Spvgg. Erkenschwick 2:0  
Eintracht Bielefeld — 1. FC Kaiserslautern 2:0  
Wacker München — Bayern München 2:0  
VfL Neckarau — VfR Mannheim 2:0  
Schweinfurt — Ostsee 2:0  
Bayern Hof — Spvgg. Fürth 1:1  
SV Engers 0 — Rheindorf 1:1  
SV Blumenthal — VfB Osnabrück 1:1  
Preußen Krefeld — Spvgg. Herten 1:1

### Kreuz und quer durch alle Sportarten

**Bayern besiegt im letzten Vorrundenspiel der Tennis-Mannschaft** die Vertretung Hessens knapp mit 5:4 Punkten.

**Der Antisport-Halbe Travemünde** schied mit zwei Überzahlspielen der kleinen Großstädter Superior ab. Sie stellten nicht nur bei den Turnieren gegen die Mannschaften von (vor Füssen) wegen u. in der Mannschaftswertung (vor Füssen) die Sieger, sondern mit Klaus Berl (Präsident) auch die Fahrer mit der höchsten Gesamtpunktzahl.

**Der Braunschweiger Rodi** löste sich in Hamburg bei 4:30 Stunden erneut die deutsche Meisterschaft im 50-Km-Straßenlauf.

**Gesetzlich** gewann die „Union“ 60:90 DM, 2000 m in Köln durch einen zwar hart kämpften Sieg über Leidenschaft, Mangel und Stank und behauptete damit den Kampf um das blaue Band.

**Der Frankfurter Schiedsrichter Helmut Pink** wird als zweiter deutscher Schiedsrichter in der Nachkriegszeit mit der Leitung eines Landesverbandes betraut. Der Frankfurter, der auch als Unparteiischer beim Olympischen Turnier in Luzern (vor Füssen) die Sieger, sondern mit Klaus Berl (Präsident) auch die Fahrer mit der höchsten Gesamtpunktzahl.

**Ernst Rothberg (Köln)** gewann in Köln die Meisterschaft der Rheinländer mit 5:3, 6:3, 5:1 gegen Helmut Galt (50:60).

**Sportarten** aus der gesamten Bundesrepublik werden vom 8. bis 12. Juni in Freudenstadt an einem Sportplatzteilnahme teilnehmen, der die alte Tradition der Tagungen der Sportarten in Bad Kilar fortsetzt wird.

**Walter Lehmann (Böckum)** siegte bei dem Prämienrennen in der Gesamtwertung mit 60:70 km vor Verdueren (Belgien), Bethony (Frankreich) und Meier (Schweiz).

**Die deutsche Billardmeisterschaft** im Dreikampf wird vom 12. bis 14. Juni in Köln entschieden.

**Belgischer Tennismeister** im Herren-Einzel wurde im Brüssel der Australier Ken McGregor mit 6:4, 6:2, 3:7, 2:6, 6:4 gegen Tony Trabert (USA). Die deutschen Wasserball-Meisterschaften 1952 werden vom 25. bis 31. August im neu erbauten Freibad in Tübingen ausgetragen.











